

Ein früherer Schluß des Wahlaktes ist nur dann zulässig, wenn mindestens alle Mitglieder der betreffenden Mitgliedschaft schon gewählt haben. Nach Schluß des Wahlaktes dürfen unter keinen Umständen noch Stimmzettel entgegengenommen werden.

Der Wahlzettel

Der Wahlzettel ist unzerleglich, sobald der Vorsitzende des Wahlvorstandes den Wahlakt für geschlossen erklärt, von dem Wahlort nach dem Wahlort zurückgeführt werden. Zunächst wird aus der Wahlerliste die Zahl der zur Wahl Ercheinenden festgestellt. Sodann werden die abgegebenen Stimmzettel geöffnet und die auf jeden einzelnen Kandidaten entfallenden Stimmen festgestellt.

Der Stimmzettel

Nur ein Name darf auf dem Stimmzettel eingetragen sein, unzulässig sind alle Stimmzettel, die mehr Namen aufweisen. Ferner sind jene Stimmzettel unzulässig, welche a) andere Namen lauten, wie die auf dem Wahlzettel angegebenen Kandidaten.

Wahlprotokoll

Über die Wahlhandlung und das Ergebnis derselben wird ein Protokoll aufgenommen und vom Wahlvorstand zu unterschreiben. Das Protokoll muß enthalten:

1. den Beginn und Ende des Wahlaktes und wann der Schluß vor der hierfür festgesetzten Zeit erfolgte, 2. die Zahl der Wahlberechtigten, die an der Wahl teilgenommen haben, 3. die Zahl der abgegebenen Stimmen und auf die einzelnen Kandidaten entfallenden, sowie der ungültigen Stimmen und bei jeder Wahl die Gründe der Ungültigkeitserklärung. Einmalig während des Wahlaktes vorgenommene Veränderungen sind im Protokoll aufzuführen und anzugeben, ob und in welcher Weise der Wahlvorstand gegen Verträge vorgegangen ist.

Das Protokoll muß mit dem Datum des Wahltages und dem Unterschriften des Wahlvorstandes versehen werden.

Nach Feststellung des Wahlergebnisses und Aufstellung des Protokolls sind Protokoll, Wahlerliste und Stimmzettel im öffentlichen Akt zu vernichten und mit der Bescheinigung des Wahlbezirks versehen, der Ortserverwalter zu übergeben.

Einladung des Wahlresultats an den Zentralvorstand.

Die Ortserverwalter haben die Wahlresultate (Wahlerliste, Protokoll und Stimmzettel) spätestens bis zum 7. Juni an den Zentralvorstand in Nürnberg einzuliefern. Das Wert ist gut zu verschließen und mit dem Vermerk „Wahlresultat“ zu versehen.

Die Zusammenstellung des Wahlresultats

Die Zusammenstellung des Wahlresultats erfolgt in der Sitzung der Ortserverwalter. Die Sitzung der Ortserverwalter kann sofort nach Beendigung der Wahl stattfinden. In dieser Sitzung werden die eingegangenen Wahlresultate geprüft und zusammengefaßt. Soweit gegen das vorliegende Wahlresultat Verträge vorliegen, müssen die betreffenden Stimmzettel eventl. auch das ganze Wahlresultat des betreffenden Wahlbezirks für ungültig erklärt werden. In letzterem Falle ist das gesamte Material sofort dem Zentralvorstand zur endgültigen Entscheidung zu übergeben.

Entscheidend für die Wahl der Kandidaten ist die einfache Stimmenmehrheit. Stichwahlen finden nicht statt. Als Ersatz gilt vorher benannte Kandidat, welcher die höchste Stimmenzahl aller in dem betreffenden Wahlkreis abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt hat.

Das Ergebnis der Wahl

Die Wahlkommission des Zentralvorstandes hat die Wahlresultate zu vergleichen und sind diese Wahlprotokolle mit den Unterschriften der Ortserverwalter, sowie mit Stempeln versehen, sofort an den Zentralvorstand einzuliefern.

Die Protokolle müssen spätestens am 7. Juni an den Zentralvorstand eingeleitet sein. Später eingehende Protokolle finden keine Berücksichtigung.

Vom Zentralvorstand werden den Gewählten die Mandate ausgestellt. Das Wahlergebnis wird im Verbandsorgan veröffentlicht.

Wahlprotokolle

Die Wahlprotokolle müssen spätestens 8 Tagen nach Bekanntgabe des endgültigen Wahlresultats an den Hauptvorstand eingeleitet werden.

Wirtschaftspolitische Fragen.

Gemäß der Auffassung des wirtschaftlichen Liberalismus ist die Freiheit des Handelsverkehrs ein wesentliches Merkmal eines jeden Volkes, mit dem geringsten Aufwand die Bedürfnisse möglichst vollkommen zu befriedigen; folglich muß die Produktion auf jene Güter beschränkt werden, deren Herstellung die größten Vorzüge vor anderen Gütern hat und gegen solche Güter das von anderen eintauschen, was diese besser oder billiger erzeugen können als es selbst. Aus diesem Verhältnis ergab sich, daß jedes Volk das größte Interesse an Gütern anderer Völker hat, und daß die politischen Grenzen von nebensächlicher Bedeutung sind.

In Deutschland hat die nach der Gründung des Reiches einsetzende Schutzpolitik mit den Freihandelsbestrebungen gekämpft, wenn sie auch dem zölibdialistischen Stande nach einen sehr breiten Spielraum ließ. Viel mehr schärfte Beschränkungen der Handelsfreiheit werden sich aus den künftigen staatlichen Eingriffen in das Wirtschaftsleben ergeben, zu denen die Überforderung zwingt. Es ist klar, daß die Verstaatlichung gewisser Produktionszweige den freien Handel mit ihren Erzeugnissen ausschließen wird, und daß solche Verstaatlichungen bevorzugen, wissen wir nun ganz genau. Neben der Verstaatlichung werden wohl auch andere Maßnahmen zu erwarten sein, die darauf hinauslaufen, einerseits die wirtschaftliche Lage des Staates zu stärken und andererseits die Freizügigkeit der Güter, wie wir sie vor

dem Kriege gewohnt waren, aufzugeben. Obgleich über die Wichtigkeit der zurecht „abgegebenen Personen“ noch nichts Sicheres bekannt ist, deutet doch so manches darauf hin, daß namentlich manche Punkte des Rathenauer Wirtschaftsprogramms *) Ausfluß haben, mit gewissen Änderungen durchgeführt zu werden. Vor allem der Schluß der heimischen Rohstoffe, welcher außer von Rathenau von vielen anderen Wirtschaftspolitikern verlangt wird und darin besteht, daß inländische Rohstoffe verwendet werden müßten, wenn eine Ware daraus nur annähernd so wirtschaftlich hergestellt werden kann, wie aus fremden Rohstoffen. Die Anhänger dieses Grundgedankes wollen die Einfuhr auf das Allernotwendigste beschränken und den Umfang der Einfuhren genau vorschreiben. Das soll mindestens so lange gelten, als die deutsche Handelsbilanz positiv und die Balance unterwerig ist. Die Ausfuhr sollte dagegen nach Möglichkeit gefördert werden. Selbst liberale Wirtschaftspolitiker geben zu, daß in den nächsten Jahren eine staatliche Beschäftigung der Ein- und Ausfuhr im Interesse der Balance und der Rohstoffversorgung notwendig sei. (Zgl. z. B. v. Bismarck, Frei. Wirtschaft, S. 56.) Rathenau tritt dafür ein, daß besonders die Einfuhr von Luxusgütern durch sehr hohe Zölle, bis zur Verdrängung des Wertes der Ware betragen können, zu verhindern oder zu erschweren ist. Durch gleichzeitige Einschränkung der Erzeugung von Luxusgegenständen im Inlande würde die gesteigerte Produktion notwendiger Güter gefördert.

Die Erzielbarkeit der Güterproduktion soll nach Rathenaus Programm dadurch erhöht werden, daß der Staat vor der Gründung von neuen Unternehmungen die Bedürfnisfrage zu entscheiden hat, sowie daß er zwangsweise Stilllegungen, Umstellungen, Erweiterungen und Zusammenlegungen von Unternehmungen anordnen kann; es sollen also die Befugnisse der Kriegswirtschaftsorganisationen im allgemeinen beibehalten werden. Die Folge wäre zurecht das Aufkommen trustartiger Riesenunternehmungen, deren Tätigkeit durch einzelne wenige Personen entschieden bestimmt würde. Wenn Rathenau solchen Zielen nachgeht und den Staat dafür zu gewinnen sucht, so ist dies verständlich aus dem eifrigen Eintreten für puritanisch farge Lebensführung, die er sicher nicht aus eigener Erfahrung kennt. Neben der Bureauführung großer Teile der Volkswirtschaft ist es die wenig oder nicht beschränkte Herrschaft großer Monopolherren, die uns droht. Alle Unternehmungen sollen verpflichtet sein, sich zu engeren und weiteren Verbänden (Berufs- und Gewerbeverbänden) zusammenzuschließen. Die Verbände sollen nicht nur der Befolgung gemeinsamer Interessen dienen, sondern auch die Wirtschaft gemeinsam betreiben. In manchen Beziehungen wären sie den Gilden und Zünften ähnlich; doch sollen sie nicht in wirtschaftlichen Punkten unterliegen, sie sollen namentlich nicht Zweckverbände soweränder Einzelbetriebe sein, sondern Produktionsgemeinschaften, deren Glieder organisch verbunden sind. *) Wie die Stellung der Berufsverbände solchen Riesenunternehmen gegenüber werden würde, kann sich jeder leicht ausmalen. Auf die Steigerung der Produktivität der Arbeit legt Rathenau großen Wert; aber er will sie nicht durch Festsetzung der Arbeitsfreizügigkeit erreichen (die eintreten würde, wenn der Arbeiter weiß, daß er zu seinem und nicht zu fremdem Nutzen schafft), sondern ebenfalls durch staatlichen Zwang. Er wünscht, daß staatliche Autoritäten (also Staatsbeamte) jeden gefunden nicht mit Religion, Kunst oder Wissenschaft besetzten Mann zu produktiver Arbeit aufrufen können. Da hätte er dann die Züchtungspläne in Verneinung. Das ist nicht zu wünschen. Die Besitzlosen zwingt ihre Bestlosigkeit sowieso zur Arbeit, und die, welche sich heute dem Nichtstun hingeben können, wären am besten dadurch zur Arbeit zu verhalten, daß alle Vorrechte der Geburt und des Vermögens zu bestehen aufhören.

Den Kleinhandel, das Gastwirts- und andere den öffentlichen Bedürfnissen dienende Gewerbe will Rathenau ganz beseitigen. An ihre Stelle sollten gemeindliche Verteilungsgesellschaften, die Handlungsgehilfen sollten damit Rang und Würden von Subalternbeamten erhalten. Ob sie danach Verlangen haben, steht nicht so ganz fest.

Die Rathenauische Wirtschaftspolitik mit ihrer monopolistischen Zentralisation wäre nur dann durchführbar, wenn einzelnen leitenden Personen eine ungeheure autonome Macht in die Hand gelegt wird. Eine solche Zentralisation wird sich in der Wirtschaft als Trustverwaltung empfinden. Sie würde einen Verwaltungsapparat notwendig machen der ungeheure Kosten verdrängt, an Unübersichtlichkeit fette und schleppend wächst. Bei einem derartigen System ist mit gutem Grund zu befürchten, daß wir zu einer Anstalten- und Rikenswirtschaft kämen, die auf die Dauer nicht erträglich sein würde. Die unumgängliche strenge Zentralisation würde das Heer von Beamten noch um ein Vielfaches vermehren und eine Vertreibung der Verbrauchsgüter herbeiführen, die alle durch industrielle Zwangsorganisation, Ausnutzung der Arbeitskraft und der technischen Hilfsmittel erzielten Vorteile wieder mehr als ausgleichen würde.

Der neue Merkantilismus würde die Ausbeutung nicht anerkennen, keine Verdrängung der Autokratie der Arbeiter Produktionsmittel bringen, wohl aber die Gängelung der Volkswirtschaft durch Beamte vermehren.

Sehr zu bezweifeln ist, ob der „unterirdische Handel“ mit den wichtigsten Gegenständen des täglichen Bedarfs auch bei noch stärkerer Strafandrohung und viel schärferer Überwachung der Produzenten, des Verkehrs usw. jemals zu unterdrücken sein wird, solange das gegenwärtige System der Bedarfsdeckung bestehen bleibt. Bisher haben die Erzeugnisse nicht, das diesem Handel, der ganz jenseits der Wohlhabenden bleibt, nicht beigetragen ist. Um ihn zu beseitigen, müßte die Quelle verstopft werden, müßte die

*) Rathenau „Gesammelte Werke“ erschienen in fünf Bänden bei G. Fischer, Berlin.

*) Man denke an das Gesetz über die Kohlenwirtschaft

privat Produktion von Nahrungsmitteln überhaupt ein Ende nehmen und vielmehr durch die gesellschaftliche Arbeit ersetzt werden, die gewiß auch auf industriellen Gebieten für das Volk weit vorteilhafter wäre, als der Verkauf von Privat- und Staatskapitalismus, dem wahrscheinlich die nächste Zukunft gehören wird. G. Gehring.

Sozialisierungs-Gedanken.

Je intensiver die Beschäftigung mit dem über Nacht aus dem theoretischen Leben in die praktische Wirklichkeit getretenen Sozialisierungsproblem, je ernster und tiefer die Schürfung auf diesem Reuland, umso mehr eingeleitet es den Händen, oder vorzüglicher gesagt: um so schwieriger und langwieriger erscheint seine Durchführung. Um seine Wirkverständnisse aufkommen zu lassen: die Sozialisierung, wie wir Sozialdemokraten sie voraussehen und wie sie auf Grund unserer heutigen Wirtschaftsverhältnisse kommen muß, ist vernünftig und folgerichtig; sie muß und wird kommen mit zwingender Notwendigkeit. Wann aber der Augenblick eintreten wird, wo wir, alle kapitalistischen Gezeugungs- und Betriebsmethoden bar, nur noch arbeiten durch die Allgemeinheit, ist die Allgemeinheit — wann dieser Moment der sozialistischen Wirtschaft eintritt, das heißt auch nur anzudeuten, wäre vergebliche Mühe. Dabei kann man es ruhig der Phantasie und der gedanklichen Bewegungskraft des Einzelnen überlassen, sich das Leben in diesem Zukunftsaute auszumalen. Doch wird noch mancher Tropfen Wasser ins Meer fließen, manches Gesicht getrunken und gegangen sein, bis endlich die Lote dieses langgehehnten Paradieses sich der Reuehaft öffnen werden. Der Weg dahin ist steinig und lang. Sozialisierung heißt: Überleitung sämtlicher (nicht nur einzelner) Produktionsmittel in die Hände der Gesellschaft (wobei ich aus verschiedenen Gründen die Begriffe „Gesellschaft“ und „Staat“ nicht aufzuführ differenzieren sehen möchte unter den heute gegebenen politischen Verhältnissen), Regelung und Verteilung derselben durch letztere. Das wäre so mit einigen Strichen gezeichnet, das unsere Theoretiker als Sozialisierung gelehrt, was jeder Arbeiter weiß und was jeder, der darüber nachgedacht, für richtig hält. Worüber wir aber weniger gut orientiert und worüber die Ansichten geteilt sind, das ist der einschneidende Weg, der hineinführt in die sozialistische Gesellschaft. Und diesen Weg wollen wir uns etwas näher befehen; denn dieser läßt Rückschlüsse auf das Wesen der Sozialisierungsprobleme.

Während der Rühmchen H. und G. hat in seine Brestenoffen von „Sozialisierung“ spricht und demnach die Möglichkeit sieht, mit beiden Beinen hineinzuspringen ins neue Land, scheint innerhalb der deutschen Nationalsozialismus jede Partei ihren eigenen sozialistischen Traum zu träumen. Die sozialdemokratische Partei aber, die Regierung, sowie unsere Parteitheoretiker haben den Weg der Entwicklung als den richtigen ins Auge gefaßt, den Weg, der zwar langsam, aber um so sicherer zum Ziele führen muß, und den auch ich, nebenbei erwähnt, für den besten halte.

Einschalten möchte ich hier, daß ich alle Sachheiten oder einschränkenden Erklärungen in Bezug auf die Sozialisierung ablehne: „keine geeigneten Objekte“ usw., nicht gelten lassen kann, sie vielmehr, weil aus tatsächlichen oder parteipolitischen Gründen erzeugt, vollständig verwerfe. Denn schließlich müssen in der sozialistischen Weltanschauung nicht nur die rentablen, oder wenn man will, geeigneten Berufe, sondern auch die unrentablen oder ungeeigneten durch die Gesellschaft und im Interesse der Gesellschaft verdrängt werden. Wenn also, wie Dr. Stüllich in seinem Artikel (Sozialpolitik vom 9. März 1919, Nummer 10) meint, „das Handwerkszeug des Barbiers und die Mühe des Müllers, auf der er selbst macht, Privateigentum bleiben“, so mag diese Theorie heute immerhin beruhigend auf weite Kreise des Mittelstandes und auf die Bauern wirken, ob aber in sozialistischen Staaten diese Berufe, die im großen und ganzen, abgesehen mit Ausnahme der Bauern, schon heute zwischen zwei Stühlen sitzen, d. h. schon heute keine Existenzbedingung mehr haben — ob diese Berufe dann nicht schließlich auf ihr Privateigentum verzichten, oder im Interesse einer rationellen Produktion gezeugen werden müssen, darauf zu verzichten, das ist wohl etwas anderes. Die sozialistische Gesellschaft kennt nur Sozialisten.

Also alles muß sozialisiert werden. Schrittweise muß sozialisiert werden, wie ich schon oben angedeutet habe. Besteres aus politischen (wobei wie aus zweckmäßigem und schließlich aus wirtschaftlichen Gründen).

Die politischen Gründe, sie liegen klar zutage; sie sind begründet in den Machtverhältnissen der jeweiligen gesetzgebenden Versammlung, demzufolge allerdings auch ein langkammeres oder schnelleres Tempo eingehalten werden kann. Da, das Einhalten eines bestimmten Tempo wäre gegeben, wenn beispielsweise das Kapital selbst, also das Privatvermögen, als Produktionsmittel erklärt und demzufolge mit in die Gesellschaft überführt würde, dergestalt inwieweit, daß dem seiner Produktionsmittel, einschließlich des Vermögens, entblieben Kapitalisten, eine lebensfähige Rente ausgekehrt würde. Das sozialisierte Wirtschaftsleben kennt kein Privatvermögen, und wenn jeder Genosse nur nach seiner, der Gesamtheit geleisteten Arbeit bewertet wird, ist es für den Einzelnen überflüssig, wertlos und schädlich, Privatvermögen zu besitzen, es muß also einmal an die Gesamtheit übergeben.

Nun hat die Nationalversammlung beim Kohlenwirtschaftsgesetz die Entschädigungspflicht des Reiches festgelegt, wie ja auch unsere Theoretiker nicht für die Konstitution, sondern für die Ablösung eingetreten sind und eintreten. Ob hier neben parteipolitischen Momenten auch noch andere mitsprechen, ist mir nicht klar. Klar ist mir das eine, daß durch diese Art „Sozialisierung“ die Gesamtheit, der Staat, schwer geschädigt, die Sozialisierung der Gesellschaft ungemein erschwert und in nebelhafte Fernen gerückt erscheint, so daß

der eingangs dieser Zeilen zutage getretene Bestimmtheitsmangel betreffend, ist. Das heißt: keine Anteilnahme, sondern Entschädigung. Das heißt doch, das Kapital stürzen, die Mittelklasse zu vernichten; d. h. die dem Tode geweihten Kapitalisten konfiszieren; heißt, der Sozialisierung Knäuel zu legen die Seele werden. Deutschland ist heute ein Land, und wenn die Klassenunterschiede in annähernd der Höhe geleistet werden müssen, wie uns die Zeitungen versichern, wenn wir unsere eigenen 200 Milliarden Schulden zahlen sollen, dann wird ich allerdings nicht, wie man neben den Löhnen auch noch eine Entschädigung für die armen Kriegsgewinner aus diesen „sozialisierten“ Betrieben herausquereln will. Wir werden eben zunächst „sozialisieren“ in Günterfischen schreiben müssen. Denn, seien wir ehrlich: Das, was jetzt geschieht als Anfang und unter den letzten Verhältnissen, es ist weiter nichts als eine Verstaatlichung, und aus diesen verstaatlichten Betrieben muß herausgeholt werden, was möglich ist für unsere Feinde auf lange, lange Jahre. Wenn nur dann noch die Bemessung haben sollten, daß für die einflussreichen Arbeiter eine anständige Arbeitszeit sowie ausreichender Lohn erzielt werden, dann wollen wir mit dem Anfangsergebnis der Sozialisierung immerhin zufrieden sein. Der Weg zur Verwirklichung der Produktionsmittel führt eben über die Verstaatlichung. Am Ende aber entscheiden die politischen Machtverhältnisse. Die politische Macht aber ruht heute noch nicht ganz in den Händen der Arbeiter. Das zu ändern ist unsere Pflicht. Die Sozialisierung aber marschieren!

Die Erkenntnis.

Die großen Hoffnungen eines großen Teiles der Arbeiter, daß die unter dem Eindruck der Revolution gemachte Nationalversammlung die Grundgesetze des 9. November festsetzen und auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete den Fortschritt Bahn brechen werde, haben sich leider nicht erfüllt. Der Militarismus mit seiner alten Konventionen, der das empfindliche Unbehagen über die Arbeiter, leidet seine neue Aufzucht, die jedoch in Angriff zu nehmende Sozialisierung der dazu reifen Produktionskräfte ist stehen gelassen und über Leistungsversuche der Arbeiter nicht hinausgekommen. Es Genüge zu tun, der Betrugungsstand, das Standrecht, die Schuchhaft wird schlimmer wie je geübt. Die Grundgesetze der Revolution stehen im Gefahr. Jeder verurteilt ein Teil der Arbeiter, die keine Pflicht, die Arbeiter darauf aufmerksam zu machen. Endlich fängt es auch da an, zu dümmern. So bringt die „Dachdecker-Zeitung“ einen Artikel: Links, links, links! Wir geben derselben hier wieder:

„In diesen Tagen möchten man oft von zu Hause fortlaufen, um den Herrschaften in Weimar und Berlin einzuweisen. Zum Fenster noch einmal! Im Land ist alles in Aufruhr, überall schlagen die brandenden Flaggen gegen das Meer und reihen die Dämme ein — in Weimar aber streiten sich Unabhängige und Nicht-Unterschieden, um sich über Dinge, die Fabriken stellen die Arbeit ein, Personen- und Güterzüge stoppen, ganz Mitteldeutschland hält den Atem an — in Weimar streiten sich derweilen Rechts- und Linkssozialisten über das, was im Januar geschehen ist.“

So, soll denn das alte Weimar so weiter gehen? Haben wir deshalb die Revolution gemacht, um im alten Schilde fortzuwurzeln? Nein und tausendmal nein! Wir bedanken uns dafür, anstatt schwarz-weiß-rote schwarz-rot-goldene Geheimratsreden und Redewortstücken anzuhören. Ist denn nicht ein einziger geistig Lieberregender da, der imstande wäre, die Nationalversammlung nach links zu führen? Sehen denn die Vertreter der Mehrheit nicht ein, daß, wenn sie nicht selbst sofort nach links gehen, sie in Kürze hinfübergegriffen werden? Soll es denn so weiter gehen, daß alles immer zwei Wochen zu spät geschieht, daß die Mehrheit und die Regierung sich immer erst abrinnen lassen, was sie acht Tage früher mit viel größerem Erfolge hätten freiwillig tun sollen? Muß denn das Volk immer das Gefühl haben: nun kommen die Maßnahmen zu spät!

Schon Anfang Februar hat unser Zentralvorstand auf der Vorstandssitzung vorgeschlagen, das Rätesystem zu pflegen, das Gute, was an ihm ist, für das Wirksamste auszurufen zu machen. Demals, also vor 6 Wochen, hätte ein solches Entgegenkommen Wunder gewirkt. Auch in der Sozialisierung mußte schon vor Wochen etwas geschehen. Aber in Weimar hat es sich nicht zu tun: es mußte der Streit zwischen Unabhängigen und Mehrheitslern fortgeführt werden. Die Geschichte wird vor diesen Dingen einmal sinnend stehen und die Unfähigkeit unserer Zeitgenossen bemerken.

Die Regierung will ja nun einen Teil unserer Wünsche erfüllen und hat, wie bekanntgegeben wird, das Sozialisierungsprogramm vorgelegt. „Wie kommt es dazu? Warum erst der Streit in Mitteldeutschland und Berlin und andere Maßnahmen der Nationalversammlung die dazu zwingen?“

Was sagt uns Weimar? Daß die politische Demokratie nicht ausreicht. Wir hätten es der soziale Inhalt des Lebens kann so nicht ungenügend werden; der Umweg über die politische Demokratie ist zu groß. Die Form der Übergang hat sich zwar geändert, aber die Verwaltung ist die zu bleiben, ebenso der vollständige Geist der Bureaucratie. Die Herrschaft des Geheimrats ist sogar größer geworden; man weiß, wie es ist, man kann sich nicht überwinden. Es dauert alles zu lange. Das Volk liegt im Fieber, die Welt kreist in Schmerzen und windet sich in Krämpfen, jeder kühlt und steht in der Verzweiflung nach einem Auswege. Anzwischen kämpfen sich in Weimar Abhängige und Unabhängige. Zum Ende noch mal, ist das Revolution? Ist das der neue Geist? Ist das die Hoffnung des Proletariats? Wir danken dafür, wir stehen auf die ganze Welt und die Welt.

Es ist ein bedauerliches Verhängnis, daß zwar eine Revolution, aber keine soziale Umwälzung stattfindet. Wir sind ohne geliebte Ziele, der hohe Schouung fehlt. Man glaubt, es fürchte sich einer vor dem andern. Wäge doch recht bald wenigstens ein Mensch in Weimar das erlösende Wort sprechen. Wäge er aufsteigen, mit der Faust auf den Tisch schlagen, die Fenster aufreißen und etwas von der ersten Lührer Luft in die Versammlung lassen.

Nach links müssen wir, sonst raßt das Volk über uns hinweg! hört endlich mit diesen ewigen Vorlesungs- und Vortragsreden auf, lang an, wirkliche Arbeit zu leisten, von der das Volk sieht, es ist Revolutionsarbeit! Bis jetzt verhielt man sich schüchtern, ängstliche Fütterer. Wir wollen gemiß nicht alles über den Haufen werfen; aber es muß die Sozialisierung in Angriff genommen und den Arbeiter- und Betriebsräten fester Boden unter die Füße gegeben werden. Begreift doch endlich, endlich den Geist der Zeit!

Mitteilungen.

Hartenstein (Erag). Auch unsere Zählstelle ist neu entstanden. Am 27. Januar, von vier zurückgekehrten alten Mitgliedern neu gegründet, zählt sie zurzeit 47 Mitglieder, das sind 98 Prozent der Beschäftigten überhaupt. Wiederholte Verhandlungen von Seiten der Ortsverwaltung waren notwendig, um vor allem die Firma Nagel, die zu vier Fünfteln weibliche Kollegen beschäftigt, zur Zahlung des Tarifs zu veranlassen. Erlassene Abmachungen von Kolleginnen wurden zurückgenommen und dabei den Ausschüssen die Entscheidung von Aufstellung und Entlassungen, wie in inneren Fragen der Fabriken überhaupt, zugestanden. Ein Antrag: Hartenstein möge von der fünften in die dritte Klasse versetzt werden, wurde von allen Seiten triftig begründet und einstimmig angenommen. Vom Tage der erlöbten Lohnzahlung an soll ein wöchentliches Gehaltsbeitrag von 5 Pfg. in allen Klassen erhoben werden. — Sonnabend den 10. Mai — bei schlechtem Wetter — Tage später ist eine Monatskompagnie (mit Wurst) zum Pfälzer Schenkenband geplant. Die Kollegen und die der umliegenden Zählstellen sind willkommen. — Die Jacobische Fabrik beendet Ende Juni nach Erlberg über. Die verbleibenden Kollegen dieser Fabrik dürfen infolge der dortigen Wohnungsnot in eine kritische Lage geraten. R. F.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes

Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß für die Woche vom 5. bis 11. Mai der 10. Monatsbeitrag fällig ist.

Der Zählstelle Eßlingen wurde auf deren Antrag die Genehmigung erteilt, vom 1. April ab einen Monatsbeitrag von 10 Pfg. pro Woche und Mitglied einzuführen.

Der Zählstelle Jorburg wurde auf deren Antrag die Genehmigung erteilt, von der 19. Woche, 11. Mai ab den Monatsbeitrag von 5 Pfg. pro Woche und Mitglied zu erhöhen.

Der Zählstelle Neustadt-Mühl-Reichenbach wurde auf deren Antrag die Genehmigung erteilt, vom 1. April ab von den Mitgliedern in allen Klassen einen Monatsbeitrag von 10 Pfg. pro Woche und Mitglied zu erheben.

Der Zählstelle Ralka i. Bay. wurde auf deren Antrag die Genehmigung erteilt, vom 1. April ab von den Mitgliedern einen Monatsbeitrag von 5 Pfg. pro Woche und Mitglied zu erheben.

Die Mitglieder genannter Zählstellen werden darauf aufmerksam, daß die Nichtzahlung dieser Steuern die Folgen des § 9, Abs. 2 nach sich zieht.

München, den 4. Mai 1919. Der Vorstand.

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen

Sachsbad. Die Kollegen und Kolleginnen werden auf ihre Beiträge an den Sonntagen jeder Woche in jedem Betriebe befindlichen Unterkassierer pünktlich entrichten, damit eine Abrechnung des Kassierers finden kann. Reiseunterstützungen für zugereiste Kollegen Freitag abends von 7-8 Uhr in Empfang genommen werden. Eine Abrechnung mit den Unterkassierern findet Samstag nachmittags von 7-8 Uhr in der Wohnung des Kassierers, Krugasse 4, Hamburg, Schulte, 1. Bev.; Paul Bernmann, 2. Bev.; 1. Bev.; Jakobson, 4. Bev.; Kallwald, 3. Bev.; Pirsch und Paul, Kassierer.

Karlstraße 1. B. Fris Dreiger, Kronenstr. 37, 39, 1. Bev.; Fris Rau, Kusenstr. 37, 2. Bev.; Franz Weber, 3. Bev.; Hans Klug und Wehne, Kassierer. Verzeichnis „Zum Goldbürger“, Vauelstr. 16/18, jeden 2. 4. Montag im Monat Versammlung im „Schönbühl“ Worbürg. Hans Schneider, Zwischenhausen 10, 1. Bev.; Eberl, Eberling, Darfstr. 2, 2. Bev.; Stefan, 3. Bev.; Kalkenstr. 14, 3. Bev.; Eberl, Schmidt und Otto, Kassierer. Alle Zuschriften an den 1. Bev. ritten. Vereinskassier: Restaurant „Zur Kasse“ Zwischenhausen 22. Versammlungen finden alle 14 Tage statt.

Versammlungs-Kalender. Mitgliederversammlungen.

Forst-Caulitz, Montag, den 12. Mai, abends 7 Uhr im Vereinslokal, Köhlerstr. 44.
Karlstraße 1. B. Montag, den 12. Mai, im „Schönbühl“.
Regensburg, Montag, den 12. Mai, abends 7 Uhr im „Goldenen Ritter“, Hauptplatz.
Zwenkau, Sonnabend, den 17. Mai, im „Schönbühl“.

Ward-Maschinen-Leinwand-Zwirn

extra prima Qualität 18 2fach für Schuhmacher und Schuhfabriken, das Kilo in 4 Rollen Mk. 62 —, das Kilo in 2 Rollen (4 Rollen) Mk. 66 — offeriert per Nachnahme.

Ch. Tennenbaum, Leipzig, König Johannstraße 21, part. Telefon 371.

Schnürbänder Lederriemen
10 Paar 3,50 Mk.
10 Paar 7 — Mk.
ab hier unter Nachnahme.
Kurt Wörmann, Bielefeld
Königsstraße 30.

Mehrere tücht. Schuhmacher
für Reparatur und Reparaturen, sowie
1 Schäftemacher
ge sucht. Dauernde, angenehme Stellung, Stundenlohn 2,40 Mk. Unwürdige Verbeirater erhalten außerdem eine tägliche, auch Sonn- und Feiertags zahlbare Familienzulage von 2 — Mk.
H. R. Gutmann, Innungsmeister, Kiel,
Feldstraße 133.

1 selbständiger Schäftemacher
per sofort gesucht.
Albert Bochele, Galtw i. Württemberg.

Bandonion- u. Konzertspiele
best. Eur. Fachblatt „Gut Ton“ mit Notenbeilage (Probennummer 30 Pfg.).
Gut Ton-Verlag, Dresden - A. 21
Neuer Katalog über Schuhmacherwerkzeuge
— Versand gratis und franco. —
E. Obelle, Berlin, Lotzingerstraße 33.

Handstanzmesse
Größe I 8,00 Mk. — II 7,50 Mk. — III 6,50 Mk.
Fernruf 500 Amt Obligg.
Ihvo Breuer, Wersheid b. Schmied.

Großer und kleiner Posten Sohlenshone
aus Stahl, zwei- und dreifach liefert billig
Baul Sohner, Metallwaren-Fabrik
Erfingen.
Anzeigen finden im „Schuhmacherfachblatt“ weiteste Verbreitung.